

Antrag INI01: Zeitenwende – aber richtig!

1 **Was aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine folgt**

2 Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurde die europäische
3 Friedensordnung durch den russischen Präsidenten Putin pulverisiert und die nationale
4 Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine grundsätzlich negiert. Für viele von uns
5 bleibt das ein tiefer Einschnitt. Ein fast schon selbstverständlich gewordener
6 Frieden in Europa scheint auf einmal noch brüchiger als nach der russischen,
7 völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Die Frage, ob wir selbst einmal Krieg
8 erleben müssen, drängt sich auf einmal auf. Für viele Menschen - auch aus unserem
9 Verband - die familiäre Wurzeln in Ländern haben in denen bereits länger Krieg
10 herrscht, war Frieden nie selbstverständlich. Das ist eine Erkenntnis, die uns die
11 vergangenen Monate begleitet hat. So leben auch die Menschen in der (Ost-)Ukraine
12 faktisch bereits seit 2014 in einem einseitigen Krieg, seitdem die pro-russische
13 Regierung die demokratischen Maidan-Proteste mit militärischer Gewalt und gezielter
14 Desinformation beantwortete.

15 Mit unfassbarem Mut, einer bewundernswerten Entschlossenheit und Stärke verteidigen
16 die Ukrainer*innen ihre Freiheit und ihre Souveränität. Unsere Solidarität mit ihnen
17 bleibt ungebrochen. Es war und bleibt der richtige Schritt der sozialdemokratisch
18 geführten Bundesregierung das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung
19 der Ukraine durch finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu unterstützen. Die
20 Fortsetzung dieses Kurses - auch durch die Lieferung weiterer Waffen - halten wir für
21 notwendig, geboten und unterstützen wir. Sie der Ukraine im Budapester Memorandum
22 auch von Russland zugesichert worden sind, sowie dem Recht auf freie Bündniswahl.
23 Schon 2014 war das Ziel der Maidan-Proteste eine engere Anbindung an die EU. 2022 hat
24 die Ukraine einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. In diesem Streben, Teil der
25 EU zu werden, unterstützen wir die Ukraine ebenfalls. Zeitenwende. Anders als andere
26 in der Sozialdemokratie, sind wir jedoch der festen Überzeugung, dass sie sich
27 keinesfalls allein auf das Militärische bezieht. Insbesondere die russische
28 Begründung des Einmarsches in die Ukraine zeigt deutlich, dass es Russland um die
29 Sicherung eines „kulturellen“ Einflussgebietes geht. Der russische Angriffskrieg
30 basiert auf Imperialismus und wird genährt von Faschismus, der die Wertigkeit von
31 Menschen an ihrer nationalen Identität bemisst. Das Recht auf demokratische
32 Selbstbestimmung wird Menschen in diesen vermeintlich untergeordneten Ländern
33 abgesprochen. Gleichzeitig dienen Imperialismus und Faschismus für Autokratien wie
34 Russland dazu, die eigene Herrschaft zu legitimieren und von Repressionen und realen
35 Problemen im eigenen Land abzulenken. Ähnliche imperialistische Ziele beschreiben
36 auch andere Autokratien. Sie alle verfolgen dieses Ziel auch mit Hilfe von
37 Cyberangriffen unter anderem auf Wahlen, massiver Propaganda und mit wirtschaftlichen
38 Mitteln, die zu einer Abhängigkeit vieler Staaten weltweit geführt hat.

39 Angesichts dieser umfassenden Bedrohung der Demokratie nach außen wie nach innen,
40 geht es bei der Zeitenwende um nicht weniger als darum Menschenrechte und Demokratie
41 national wie global zu verteidigen. Diese Verteidigung erschöpft sich nicht in
42 militärischen Fragen, sondern hat ebenso globale, wirtschaftspolitische und
43 innenpolitische Dimensionen. Wer Zeitenwende sagt, muss Zeitenwende meinen. Für uns
44 ist damit nicht eine Verankerung militärischer Ausgaben im Grundgesetz gemeint.

45 Als Jungsozialist*innen stellen wir uns dieser umfassenden Debatte. Voraussetzung
46 dieser Kursbeschreibung bleibt dabei eine selbstkritische Grundhaltung. Denn hätten
47 wir – auch als Sozialdemokratie – in der Vergangenheit auf Augenhöhe zugehört, hätte
48 es weder Nord Stream 2 noch eine rein auf den ökonomischen Nutzen ausgerichtete
49 Haltung gegenüber Putin, die uns blind gegenüber seinen imperialistischen Zielen
50 gemacht hat, gegeben. Selbstkritisch zu sein, heißt aber auch die eigenen
51 Überzeugungen auf den Prüfstand zu stellen. Als Jusos waren wir nie pazifistisch. Das
52 Recht auf Frieden aller Menschen und der Schutz der Menschenrechte sind tiefer
53 Bestandteil unserer DNA. Als Verband bleiben wir antimilitaristisch.

54 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine erfordert eine Zeitenwende - aber
55 richtig. Unsere Parameter und Bedingungen dieser Zeitenwende werden wir als
56 Jungsozialist*innen mit diesem Antrag bestimmen.

57

58 **Ein neuer, breiter, jungsozialistischer Sicherheitsbegriff**

59 Die Bundesrepublik muss ihre Rolle in Europa und in der Welt neu definieren.
60 Deutschland muss sich seiner Verantwortung bewusst werden. Zuletzt in der Finanzkrise
61 zeigte sich sehr deutlich, wie die Deutsche Außenpolitik Krisen im Ausland und einen
62 erstarkenden Nationalismus befeuern kann. Dies erfordert eine kritische Analyse der
63 eigenen Position und Entscheidungen innerhalb der deutschen Politik, aber auch
64 innerhalb der SPD. Die Stimme der jungen Generation muss mehr einbezogen und gehört
65 werden. Die Situation erfordert unter anderem eine Kritik des Euro- und
66 Westzentrismus, einen neuen Fokus auf feministische Außenpolitik sowie den Einbezug
67 von Perspektiven junger Menschen, um eine neue, zeitgemäße Außenpolitik und Rolle
68 Deutschlands in Europa und der Welt zu definieren und diese auch in alle
69 internationalen Organisationen zu tragen. In einer globalisierten Welt, in der
70 Beziehungen neu definiert werden, braucht es einen erweiterten Sicherheitsbegriff,
71 der über einen Fokus auf das Militär hinausgeht. Nicht nur der Schutz des Individuums
72 und der Menschenrechte ist dabei entscheidend, sondern auch die Bekämpfung des
73 Klimawandels und Armuts- und Hungerprävention sowie wirtschaftliche- und
74 gesellschaftlicher Sicherheit.

75 Was ist Sicherheit? Sicherheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg, Krisen und
76 Konflikten. Zwar ist die Sicherheit vor Gewalt geschützt zu sein und die körperliche
77 sowie psychische Gesundheit, Grundlage aller Sicherheit, aber unser Verständnis von
78 Sicherheit ist mehr als nur militärisch. Vielmehr muss Sicherheit breit gedacht
79 werden, verschiedene Perspektiven mit einbeziehen und gleichzeitig wehrhaft gegen
80 Angriffe von innen und außen sein. Ein breiter, jungsozialistischer
81 Sicherheitsbegriff orientiert sich dabei an Werten. Diese Werte geben uns
82 Orientierung und ermöglichen eine Positionierung. Werte sind vielfältig und niemals
83 frei von anderen Einflüssen. Wir orientieren uns an unseren Grundwerten, aber
84 erkennen an, dass eine konstante Reflexion der eigenen Werte dabei Voraussetzung für
85 Fortschritt bleibt.

86 Als **sozialistischer** Richtungsverband ist für uns klar: Außen- und Sicherheitspolitik
87 dient in der Regel kapitalistischen Profitinteressen. Das System, welches auf
88 Ausbeutung und Unterdrückung basiert, gilt es zu überwinden. Insbesondere in Hinblick
89 auf die Profitinteressen von Ländern des globalen Nordens, die die Länder des
90 globalen Südens ausbeuten. Sicherheit bedeutet, finanzielle Sicherheit und

91 menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle zu schaffen und Ausbeutungsmechanismen
92 entgegenzuwirken. Wir wollen eine Welt, in der Staaten und Regionen fair und auf
93 Augenhöhe miteinander agieren. Deutschland und Europa sind in der Pflicht, darauf
94 hinzuwirken, eine Weltordnung zu erreichen, die kapitalistische
95 Ausbeutungsmechanismen bekämpft und imperialistischen Bestrebungen ein Modell der
96 internationalen Verständigung und Konfliktlösung gegenüberstellt.

97 Als **feministischer** Richtungsverband ist für uns auch eine feministische Außenpolitik
98 Teil unseres Selbstverständnisses. Dabei brauchen wir ein jungsozialistisches
99 feministisches Verständnis von Außenpolitik, um die Zementierung von militärischer
100 Gewalt und patriarchalen Dominanzen hinter uns zu lassen und ein intersektionales
101 Verständnis von Sicherheit zu formulieren, das die Perspektiven von marginalisierten
102 Gruppen miteinbezieht und die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

103 Unsere feministische Außenpolitik ist intersektional und antikolonialistisch! Durch
104 die Berücksichtigung von den Perspektiven und Bedürfnissen marginalisierter
105 Bevölkerungsgruppen und die Ausrichtung von Sicherheit auf das Individuum statt auf
106 den Staat möchte unsere feministische Außenpolitik struktureller Ungleichheit und
107 Machthierarchien, wie der weißen Vorherrschaft oder dem kapitalistischen System
108 entgegenwirken. Unsere Vorstellung von feministischer Außenpolitik möchte
109 ausbalancierte Machtdynamiken und erkennt an, dass politische Entscheidungen das
110 Leben von verschiedenen Menschen unterschiedlich beeinflussen können. Hierbei bezieht
111 sich unsere feministische Perspektive nicht primär auf die Anerkennung von Frauen
112 oder FINTA sowie die Durchsetzung der Frauenrechte, sondern versteht sich als ein
113 Werkzeug zur Analyse und zum Hinterfragen bestehender, mitunter patriarchaler
114 Machtstrukturen. Wir rücken in unserem feministischen Verständnis besonders die
115 Klimakrise und die Zivilgesellschaft in den Vordergrund.

116 Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für unser aller Sicherheit, denn sie zerstört
117 unsere Lebensgrundlage. Der Globale Norden ist Hauptverursacher der Klimakrise, aber
118 der Globale Süden leidet vor allem unter den Folgen des Klimawandels. Die Zerstörung
119 der Lebensgrundlage führt zu Leid und Verteilungskämpfen, die Gewalt und Konflikte
120 befördern. Dies bedroht vor allem Sicherheit von FINTA und andere marginalisierte
121 Gruppen. Weiter betreffen die Folgen der Klimakrise vor allem arme Menschen, die auch
122 nicht Hauptverursacher der Klimakrise sind. Die Klimakrise global zu bekämpfen muss
123 zentral für unsere Außen- und Sicherheitspolitik sein. Deutschland und die anderen
124 Industrienationen müssen entsprechend ihrer Verantwortung für die Ursachen der
125 Klimakrise noch deutlich stärker als bisher auch Verantwortung für die Bekämpfung des
126 Klimawandels übernehmen und insbesondere Staaten des globalen Südens bei der
127 Bewältigung der jetzt schon sichtbaren Folgen unterstützen. Gleichzeitig ist klar,
128 die Klimakrise ist ein globales Phänomen und daraus folgt, dass Klimapolitik nur dann
129 wirkungsvoll sein kann, wenn alle Staaten darin eingebunden sind. Daher bedarf es
130 weiterhin internationaler Kooperation und multilateraler Foren, in deren Rahmen sich
131 auf gemeinsame Strategien und Maßnahmen verständigt wird. Diese aufrechtzuerhalten
132 und zu fördern erkennen wir als unsere Aufgabe an.

133 Eine starke und demokratische Zivilgesellschaft trägt maßgeblich dazu bei, dass
134 autoritären Strukturen vorgebeugt wird und so militärischen Konflikten präventiv
135 entgegengewirkt werden kann. Wenn die Zivilgesellschaft mehr in politische
136 Entscheidungsfindungen und internationale Verhandlungen einbezogen werden, so zeigen

137 Studien, kommen nachhaltigere und friedlichere Lösungen heraus. Es muss anerkannt
138 werden, dass die Mobilisierung einer feministischen Zivilgesellschaft Triebfeder zur
139 Bekämpfung patriarchaler und damit undemokratischer Verhältnisse war und ist. Deshalb
140 nimmt unsere feministische Außenpolitik unter anderen die finanzielle Stärkung von
141 lokalen Aktivist*innen in den Blick und würdigt damit ihre Errungenschaften. Unsere
142 feministische Außenpolitik nimmt nicht den Nationalstaat in den Fokus von Sicherheit,
143 sondern die Zivilgesellschaft und das Individuum. Aus unserer feministischen
144 Perspektive ist der Nationalstaat ein urpatriarchales Konstrukt. Der Fokus auf die
145 Zivilgesellschaft bedeutet, dass wir anerkennen, dass Gewalt gegen Zivilbevölkerung
146 nicht zufällig in Kriegen/Krisen passiert. Ganz im Gegenteil: Angriffe auf die
147 Zivilbevölkerung (vorrangig gegen durch Kriege im Land gebliebene FINTA) sollen mürbe
148 machen und dienen so als Kriegsmittel.

149 **Als internationalistischer** Richtungsverband stehen wir für eine internationale
150 Politik auf Augenhöhe, die sich gemeinsam mit unseren internationalen Partner*innen
151 für eine bessere Welt einsetzt. Insbesondere die Rolle der Bundesrepublik muss dafür
152 kritisch reflektiert werden. Zu häufig wird in nationalen Kategorien und im
153 "nationalen Interesse" gedacht, statt das große Ganze zu sehen. So war es maßgeblich
154 die Austeritätspolitik Deutschlands, welche Griechenland zu einem harten Sparkurs mit
155 fatalen Folgen zwang, statt eine solidarische Lösung im Sinn der Europäischen Union
156 zu finden. Trotzdem wollen wir ein faires und soziales Europa schaffen und bekennen
157 uns zu diesem Ziel. Die Europäischen Union nimmt deshalb eine Schlüsselrolle zur
158 zwischen- und überstaatlichen Zusammenarbeit ein. Leider bleibt die Bundesrepublik
159 großer Waffenexporteur in instabile Regionen und stützt damit autoritäre Regime zum
160 Leiden anderer und für den Profit der eigenen Rüstungsindustrie. Für uns ist deshalb
161 klar: Die Perspektive deutscher Politik ist eine sehr westliche Betrachtungsweise, in
162 der die Perspektiven und die realen Lebensumstände außerhalb Westeuropas kaum
163 Beachtung finden und das, obwohl Deutschland bei der europäischen Politikgestaltung
164 Verantwortung zukommt. Es ist daher sehr wichtig, dass nicht nur die deutsche Politik
165 als solche diverser aufgestellt wird, sondern umso mehr als eine privilegierte und im
166 Grundsatz fehlgeleitete Politik verstanden wird, die oft verhindert, dass
167 Akteur*innen außerhalb der westlichen Welt in ihren Anliegen ernst genommen werden.
168 Deutlich wird dies nicht zuletzt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine,
169 vor dem etliche osteuropäische Staaten seit Jahren gewarnt haben. Es ist daher
170 Deutschlands Aufgabe, eine neue Außenpolitik auf Augenhöhe mit allen, insbesondere
171 den ost- und mitteleuropäischen Partner*innen zu betreiben.

172 **Als antifaschistischer** Richtungsverband können nicht weiter die Augen vor Regimen
173 verschließen, die darauf abzielen, Menschenrechte, Demokratie und freiheitliche Werte
174 sowie die territoriale Integrität unabhängiger Staaten anzugreifen. Wir wollen, dass
175 es Europas Aufgabe wird, für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie innerhalb der
176 eigenen Länder, aber auch international einzustehen – dies kann nur in einer
177 Vermittler*innen- und Unterstützer*innen-Rolle und einer klaren Position geschehen.
178 Deutschland muss sich auch hier seiner Verantwortung innerhalb der EU bewusst werden
179 und mit einer reflektierten, aber entschiedenen Position gegenüber solchen Regimen
180 und Menschenrechtsverletzungen einzunehmen. Dazu gehört auch eine Reflexion der
181 eigenen, privilegierten Position und des eigenen Eurozentrismus. Umso wichtiger ist
182 es deshalb, dass in inter- und multinationalen Abkommen, insbesondere Anti-Waffen-
183 Abkommen und Anti-Atomabkommen Ergebnisse erzielt werden, die progressive Bewegungen

184 unterstützen. Darüber hinaus müssen die Antidemokrat*innen innenpolitisch bekämpft
185 werden, da sie mittlerweile international mit autokratischen Regimen vernetzt sind
186 und eine gemeinsame demokratiefeindliche Agenda vorantreiben. Das funktioniert nur,
187 wenn Demokratie wehrhaft ist. Demokratie kann nur in einer solidarischen und
188 resilienten Gesellschaft wehrhaft sein. Dafür brauchen wir eine Gesellschaft, die
189 aufklärend gegenüber imperialistischen und menschenverachtenden Ideologien ist. Wir
190 brauchen Investitionen in die kritische Infrastruktur, aber auch in diversen anderen
191 Bereichen der Gesellschaft. Und wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die fähig
192 ist, sich gegen Antidemokrat*innen zu stellen.

193 Auch in der europäischen Asylpolitik hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren
194 immer wieder einen regressiven und inhumanen Kurs mitgetragen, um selbst weniger
195 Geflüchtete aufnehmen zu müssen. Für uns ist klar: Die europäische Grenzpolitik der
196 Abschreckung und Abweisung ist gescheitert. Sie fordert nicht nur viele Opfer,
197 sondern bringt weitere Herausforderungen, vor denen Deutschland und die EU ihre Augen
198 nicht verschließen können und dürfen. Wie gefährlich ein solches Ignorieren und
199 Nichtstun ist, wird deutlich, wenn autoritäre Staaten diese Planlosigkeit ausnutzen,
200 wie sie der belarussische Diktator Lukashenko seit Ende 2021, um die EU versucht zu
201 erpressen. Als Jungsozialist*innen ist Solidarität für uns international, wir
202 bekennen uns dazu, Grenzen überwinden zu wollen. Die aktuellen Grenzschutz- und
203 Sicherheitsbehörden sind nicht im Sinne unserer Vorstellung einer solidarischen und
204 wertebasierten Sicherheits- und Geflüchtetenpolitik. Wir Jusos setzen uns daher für
205 die Abschaffung von Agenturen wie Frontex ein. Wer Werte nach innen einfordert, muss
206 diese auch nach außen tragen. Daher muss eine jungsozialistische Sicherheits- und
207 Geflüchtetenpolitik auch die Schaffung sicherer Fluchtrouten ohne Pushbacks, die
208 Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine gemeinsame europäische
209 Seenotrettungsmission sowie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik auf
210 europäischer Ebene beinhalten. Sogenannte „Flüchtlingsdeals“ oder ähnliche Abkommen
211 zur Beschränkung sicherer Fluchtrouten mit angrenzenden Staaten der EU wie
212 beispielsweise Libyen oder der Türkei lehnen wir ab. Die Abschottung an den Grenzen
213 einzelner Staaten oder Bündnisse als sicherheitspolitisches Ziel steht konträr zu
214 unserem Grundsatz der internationalen Solidarität und ist daher nicht Teil unseres
215 jungsozialistischen Sicherheitsbegriffs. Angesichts der aktuellen Herausforderungen
216 wie des Klimawandels ist mit mehr Fluchtbewegungen zu rechnen, auf die nicht
217 restriktiv reagiert werden darf. Eine menschliche Asyl- und Einwanderungspolitik
218 ermöglicht offene Grenzen und Fluchtrouten, ermöglicht eine solidarische und humane
219 Aufnahme und eine anschließend schnelle Aufnahme in der Gesellschaft ohne zum
220 Beispiel Lebens- und Arbeitseinschränkungen. Wir stellen uns gegen die Versuche,
221 Geflüchtete gegeneinander auszuspielen und setzen uns für Solidarität mit allen
222 Geflüchteten unabhängig von der Herkunft ein. Abschiebungen und Beschränkungen des
223 Asylrechts lehnen wir ab. Nicht Geflüchtete machen uns Sorgen, sondern unsichere
224 Fluchtrouten.

225 Als Verband, der für **Antirassismus** einsteht, erkennen wir, dass unser Blick auf
226 Länder des globalen Südens weiterhin durch postkoloniale Strukturen geprägt ist.
227 Daher gehört zu einem neuen Sicherheitsbegriff auch die Reflexion von postkolonialen
228 Strukturen und das Aufbrechen dieser zum Beispiel in der eigenen
229 Entwicklungszusammenarbeit.

230 Das Ziel muss es sein, mit kritischem Blick auf strukturelle Vorteile des Globalen
231 Nordens und ungleiche globale Macht- und Ressourcenverteilungen den Weg für eine
232 gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Staaten des Globalen Nordens und des
233 Globalen Südens zu ebnen. Hierbei müssen vor allem die Dekonstruktion von
234 rassistischen Denkmustern in der Praxis und die kritische Reflexion des Kolonialismus
235 und seiner Kontinuitäten Teil der historisch-politischen Analyse sein.

236 Eine jungsozialistische sogenannte Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb aus
237 verschiedenen Perspektiven kritisch sein mit der Entstehung und der Praxis der
238 sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, wie sie heute betrieben wird. Die zentralen
239 Elemente dieser kritischen Auseinandersetzung ist das in Frage stellen des
240 vorherrschenden Entwicklungsbegriffs. Hierbei müssen wir eine intersektional
241 feministische Perspektive entwickeln, die die Kontinuität von (post-)kolonialen
242 Machtverhältnissen einbezieht, die Vision wie wirtschaftliche Entwicklung aussehen
243 soll und wie sie ökologisch nachhaltig zu gestalten ist, definiert und eine Abkehr
244 vom Paternalismus beinhaltet. Wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit müssen
245 machtkritisch auf Augenhöhe neugestaltet werden. Für die Hilfen vor Ort braucht es
246 mehr als Gelder und Nahrung. Global fehlt es FINTA-Personen an Hygieneartikeln und
247 Unterstützung bei der Care-Arbeit. Dadurch werden FINTA strukturell benachteiligt.
248 Unsere feministische Außenpolitik bezieht alle Personen ein und konzentriert sich auf
249 die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung und ihrer
250 marginalisierten Gruppen. Dabei spielt die Gesundheitspolitik eine besondere Rolle.
251 Das schließt ein, dass unsere feministische Außenpolitik sich um eine bessere
252 Gesundheitsversorgung für FINTA bezüglich der reproduktiven Gesundheit inklusive
253 zugänglicher Verhütungen und Abtreibungen bemüht. Sie strebt zu dem an, dass mehr
254 FINTA im Bereich der globalen Gesundheit in Führungspositionen repräsentiert werden.
255 Zudem strebt sie an, dass die Priorisierung zur Verwendung von WHO Geldern
256 tatsächlich im Kampf gegen gesundheitliche Notstände eingesetzt wird, anstatt an
257 Projekte im Globalen Norden gekoppelt zu sein.

258 werden.

259 Als **antimilitaristischer** Richtungsverband setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg,
260 Gewalt und Waffen ein. Allerdings ist uns mit Hinblick auf die Ukraine bewusst, dass
261 militärische Mittel notwendig sind. Trotzdem bedeutet das eben nicht, dass wir
262 Antimilitarismus und friedenspolitische Ansätze aufgeben. Wir sehen Diplomatie als
263 Mittel zur dauerhaften Verständigung und gewaltfreie Konfliktlösung weiterhin als den
264 besten Weg an, um sich für eine friedliche Welt einzusetzen. Friedenspolitik muss
265 mittel- sowie langfristig verstärkt, ausgebaut und priorisiert werden. Damit geht
266 auch eine gerechte und gut ausfinanzierte Entwicklungspolitik einher. Um all das zu
267 erreichen, bedeutet Zeitenwende auch Selbstreflexion. Denn Sicherheitsbedürfnisse
268 wurden in der bisherigen Politik vernachlässigt und Sicherheit einseitig definiert.
269 Mit einem breiten Sicherheitsbegriff müssen Implikationen für unsere Wehrhaftigkeit,
270 unsere Handelspolitik sowie unsere Frieden- und Entwicklungspolitik folgen. Die
271 Implikationen dürfen weder blinden Pazifismus verfallen, der im Endeffekt den
272 Imperialist*innen, den Faschist*innen und den Antidemokrat*innen in die Hände spielt,
273 noch dürfen sie die strukturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die
274 zur aktuellen Krise beigetragen haben, vernachlässigen, sondern müssen diese vielmehr

275 verändern.

276 Unsere Grundwerte formen unseren Sicherheitsbegriff. Sie geben uns Orientierung und
277 ein Verständnis von Sicherheit außerhalb einer reinen militärischen
278 Betrachtungsweise, die wir ablehnen. Aus unserem jungsozialistischen
279 Sicherheitsbegriff folgen Handlungsnotwendigkeiten. Im Bereich der Wehrhaftigkeit,
280 der Handelspolitik und der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit.

281

282 **Wehrhaftigkeit**

283 Waffenlieferungen:

284 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt jedoch, dass Waffenlieferungen zur
285 Verteidigung gegen Imperialismus oder Faschismus sogar notwendig sein können. Daher
286 bekennen wir uns weiterhin zu unserer antimilitaristischen Überzeugung, halten es
287 jedoch für nötig diese stärker als bisher auszudifferenzieren. Nicht nur militärische
288 Waffen und der mediale Kampf über die Deutungshoheit sind Waffen im Krieg, sondern
289 auch schlimmste physische und psychische Gewalt gegen FINTA. So sind es systematisch
290 geplante, angeordnete öffentliche Massenvergewaltigungen wie 1992 in Bosnien oder im
291 Kosovo, die regelmäßig in anderen Konfliktgebieten eingesetzt werden - so auch z.B.
292 durch das russische Militär in der Ukraine. Diese Verbrechen ebenso wie die Gewalt
293 gegen Zivilist*innen als Kriegswaffe sind seit dem Bosnienkrieg international als
294 Kriegsverbrechen anerkannt und werden seit 2002 als Verbrechen gegen die
295 Menschlichkeit gewertet. Und doch ist klar, dass ohne eine feministische Analyse von
296 Außenpolitik die kritische Reflexion patriarchaler Machtdimensionen fehlt. So wird
297 sexualisierte Gewalt in Kriegen und Konflikten aus verschiedenen, aber nicht minder
298 patriarchalen Beweggründen als Waffe eingesetzt. Einerseits versuchen Täter ihre
299 meist rassistische Vorstellung der Übermacht des eigenen Volkes gebärfähigen FINTA
300 durch aufgezwungene Schwangerschaften aufzuoktroieren. Andererseits findet sich in
301 der sexualisierten Gewalt ein Ausdruck der Entmenschlichung und Objektifizierung von
302 FINTA, die meist als Besitz eines anderen Mannes, der als Feind verstanden wird, in
303 den Augen der Täter passendes Opfer sind. Außerdem wird sexualisierte Gewalt als
304 Demoralisierungsstrategie und zur psychologischen Kriegsführung angewendet. Dadurch
305 wird deutlich, dass sexualisierte Gewalt in Kriegen und Konflikten systematisch und
306 angeordnet zum Leid von FINTA, eingesetzt wird. Damit stellen FINTA und junge Mädchen
307 eine vulnerable Gruppe dar. Vulnerabel definieren wir als Begriff für eine Gruppe,
308 die sich systemischer Gewalt nicht entziehen kann.

309 Nach unserer feministischen Außenpolitik ist der Schutz von FINTA und
310 marginalisierten Gruppen elementar. Wir kämpfen dafür, dass Folter,
311 Unterdrückungsmechanismen, sexualisierte Gewaltverbrechen und andere
312 Menschenrechtsverletzungen als Kriegsverbrechen anerkannt werden und strenger
313 verfolgt und bestraft werden. Dabei ist unsere Vorstellung einer feministischen
314 Außenpolitik nicht mit einem pazifistischen Verständnis gleichzusetzen. Besonders der
315 aktuelle russische Angriffskrieg auf die Ukraine beweist einmal mehr: Die
316 Widerstandsfähigkeit von Demokratien gegenüber Autokratien und Diktaturen verlangt
317 leider auch eine militärische Wehrhaftigkeit.

318 Als Jusos haben wir uns dafür entschieden, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu
319 unterstützen und dabei Kriterien an die Frage, ob Waffenlieferungen nötig sind,

320 angelegt. Sie stehen in keiner Rangfolge, sind zur Orientierung da und sind auf den
321 Einzelfall anzuwenden. Bei der Beurteilung berücksichtigen wir, ob der militärische
322 Angriff einseitig stattfindet, ob sich der militärische Angriff gegen einen
323 demokratischen, souveränen Staat oder gegen eine*n gefährdeten und demokratischen
324 nicht-staatlichen Akteur*in, wie es bei den Kurd*innen der Fall ist, richtete sowie
325 ob der militärische Angriff eine Bevölkerungsgruppe in ihrer Existenz gefährdet.
326 Außerdem fließt in die Beurteilung mit ein, ob der Angriff im Widerspruch zum
327 Völkerrecht steht, ob zivile Personen und Infrastruktur bewusst angegriffen werden
328 und ob systematische Menschenrechtsverletzungen sowie Vertreibungen zu befürchten
329 sind. Zusätzlich berücksichtigen wir, ob alle diplomatischen Mittel bereits
330 ausgeschöpft sind beziehungsweise dies nicht zu einem Ende des Konflikts führt und ob
331 alle weiteren Sanktionsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft sind oder nicht alleine zum
332 Ende des Konflikts führen. Abschließend spielt es für uns eine Rolle, ob die
333 Vereinten Nationen handlungsfähig sind.

334 Klar bleibt für uns, dass Waffenlieferungen – sollten sie notwendig werden – mit
335 diplomatischen Mitteln und Sanktionen einhergehen. Wir differenzieren dabei nicht
336 pauschal zwischen den verschiedenen Waffentypen, aber bleiben natürlich bei einer
337 klaren Ablehnung von ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische). Zusätzlich
338 benötigen Dual-Use-Güter einer gesonderten Betrachtung. Es ist im Einzelfall anhand
339 unserer Kriterien zu entscheiden, ob die militärische Verwendung als Waffe dem Ziel
340 der Friedenssicherung hinreichend bedingt. Debatten darüber, ob vom Völkerrecht
341 gedeckte Waffenlieferungen uns zur Kriegspartei machen, lehnen wir ab.

342 Nicht nur im Fall vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine müssen wir
343 feststellen, dass sich die Lage ankündigt. Grundsätzlich verstehen wir es deshalb
344 als legitim, wenn im Sinne einer Androhung möglichen Aggressor*innen zu verstehen
345 gegeben wird, dass in einem Falle eines völkerrechtswidrigen Übergriffs
346 Waffenlieferungen beabsichtigt werden. Wichtig bleibt: Vorschnelle Waffenlieferungen
347 sind - schon allein aufgrund unseres Anspruchs einer feministischen Außenpolitik und
348 unseres Verständnisses von Antimilitarismus - natürlich nicht unser Weg. Eine
349 tatsächliche Lieferung in diesen Fällen sollte also erst im Falle des Angriffs und im
350 Einklang mit unseren Kriterien ausgeführt werden. Durch die zuvor rechtzeitig
351 geführte nötige Debatte über Waffenlieferungen soll jedoch vermieden werden, dass im
352 Falle eines Angriffskrieges zu langsam gehandelt wird. Die mögliche Waffenlieferung
353 kann also in diesem Sinn logistisch vorbereitet werden, wenn sich für eine solche
354 Androhung entschieden werden. Deshalb fordern wir gerade in Hinblick auf den
355 russischen Angriffskrieg in der Ukraine, dass die Bundesregierung die Ukraine
356 weiterhin diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch intensiv sowie fortlaufend
357 unterstützt.

358 Investitionen in eine resiliente Gesellschaft:

359 Ebenfalls ist mit dem Begriff der Zeitenwende eine Debatte über die Ausrüstung der
360 Bundeswehr entstanden. Wir erkennen an, dass eine wehrhafte Bundeswehr mit einer
361 sachgemäßen Ausrüstung notwendig ist und dafür Investitionen in diese getätigt werden
362 müssen. Gleichzeitig lehnen wir das vom Bundestag beschlossene Sondervermögen von 100
363 Milliarden ab. Wir sind der Überzeugung, dass eine Erhöhung der Investitionen die
364 Probleme der Bundeswehr insbesondere im dringend reformbedürftigen Beschaffungswesen
365 nicht lösen wird. Notwendige Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes sollten nicht

366 über Instrumente erfolgen, die dauerhaft das Haushaltsrecht des Parlaments
367 untergraben und das Grundgesetz einseitig für militärische Zwecke verändert. Die
368 Ableitungen, die sich aus der Zeitenwende ergeben müssen, sind wesentlich umfassender
369 als ein willkürlich gesetzter Militärtopf in unserem Grundgesetz. Stattdessen muss
370 der Haushalt genutzt werden, um den massiven Investitionsbedarf in der Gesellschaft
371 zu ermöglichen. Die Schuldenbremse steht dabei massiv im Weg und engt die finanz- und
372 investitionspolitischen Spielräume künstlich ein.

373 Unsere Vorstellung einer effektiven Sicherheitspolitik beinhaltet eine resiliente
374 Gesellschaft und Wehrhaftigkeit nach innen, für die weitere Investitionen in Bereiche
375 wie Bildung, Gesundheitssystem, Umwelt- und Klimaschutz und die öffentliche
376 Infrastruktur notwendig sind. Und auch der Schutz vor Cyberangriffe und Angriffe auf
377 die kritische Infrastruktur sind für eine resiliente Zivilgesellschaft besonders
378 relevant, wie durch das Bahnchaos in Norddeutschland und den BSI-Skandal in den
379 letzten Wochen sehr deutlich wurde. Die Investitionen können dazu beitragen, dass
380 Sicherheitsprobleme wie im Falle von Energieabhängigkeit gar nicht erst auftreten
381 oder vorgesorgt wird, wenn es zum Beispiel um Resilienz gegen autokratische Politik
382 geht. Nur eine resiliente Gesellschaft die Demokratie nach außen wie nach innen
383 stärkt, ist fähig, in Krisensituationen Zusammenhalt zu erzeugen und solidarisch zu
384 sein. Nur eine resiliente Gesellschaft kann Fake-News und Desinformationskampagnen
385 erkennen und dekonstruieren, statt auf diese hineinzufallen. Ebenfalls steht für uns
386 auch Diplomatie und die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund. Hier
387 dürfen keine Mittel gekürzt werden, sie müssen in diesen Zeiten der Krisen erhöht
388 werden.

389 Deshalb fordern wir:

- 390 • Die SPD zur Abschaffung der Schuldenbremse auf.
- 391 • Ein Ausbau der Forschung und Ausbildung durch Investitionen in die Wissenschaft
392 und Lehre, gerade im Bereich KI und Cyber-Sicherheit.
- 393 • Die EU soll sich bei der UN dafür einsetzen, dass dort ein internationaler
394 Regelkatalog zu Cyber-Angriffen auf digitale Infrastrukturen entwickelt wird.

395

396 Reform der Bundeswehr

397 Nichtsdestotrotz stellt sich umso dringender die Frage nach der Reform der
398 Bundeswehr. Dazu gehört, dass die Bundeswehr eine angemessene Ausrüstung erhält, die
399 an die aktuellen hochtechnologischen Bedarfe und neuen Herausforderungen wie der
400 Cybersicherheit orientiert ist. Ebenfalls muss der aktuell noch maroden
401 Personenausrüstung eine besondere Priorität eingeräumt werden. Dass Soldat*innen sich
402 bei Einsätzen ihre Ausrüstung selbst kaufen müssen oder in der Ausbildung die zu
403 lernenden Geräte nicht funktionieren, darf kein Zustand mehr sein. Als sinnvolle
404 Fokussierung bei der Beschaffung von Ausrüstung sehen wir die Bündnisverteidigung an,
405 da diese aktuelle sehr gefordert ist und das in Zukunft ebenfalls sein wird.
406 Investitionen in die Ausrüstung der Bundeswehr sind also notwendig, aber müssen
407 klaren Prioritäten folgen. Außerdem muss die Beschaffung von Ausrüstung mit einer
408 Reform des aktuell sehr ineffizienten Beschaffungswesens einhergehen. Korruption
409 müssen endlich der Vergangenheit angehören. Bereits bestehende Verträge und bisher
410 getätigte Käufe müssen auf ihre Effizienz überprüft und wenn nötig rückgängig gemacht

411 werden. Auch die Chancen der Digitalisierung müssen hier genutzt werden, um endlich
412 langwierige Prozesse und Ineffizienz zu beenden. Aber nicht nur das
413 Beschaffungswesen, sondern die Struktur der Bundeswehr an sich gehört reformiert. Im
414 Rahmen der kritischen Reflexion über die bestehenden Strukturen der Bundeswehr
415 betrachten wir auch die Tatsache, dass gemessen an der Gesamtbevölkerung Ostdeutsche
416 mit 60 Prozent innerhalb der Bundeswehr deutlich überrepräsentiert, aber mit
417 steigenden Dienstgraden drastisch unterrepräsentiert sind. Die Bundeswehr hat auch
418 ein Problem mit Rechtsextremismus, das wurde durch die Vielzahl an aufgedeckten
419 rechtsextremen Netzwerken besonders deutlich. Mitglieder der Bundeswehr dürfen
420 niemals mehr in der Lage sein, einen gewaltvollen Staatsstreich zu planen und dafür
421 Waffen zu horten. Für uns ist klar: Aktuell hat die Bundeswehr ein Problem mit
422 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Betroffenen und
423 denjenigen, die Soldat*innen, die dagegen vorgehen, können sich unserer Solidarität
424 gewiss sein. Wer diesen Pflichten nicht nachkommt, gehört nicht in den Staatsdienst
425 und erst recht nicht in die Bundeswehr. Insbesondere aus einer feministischen,
426 antirassistischen und antisemitismuskritischen Perspektive müssen die Fälle lückenlos
427 und mit allen Konsequenzen aufgeklärt werden. Um diesen rechten Strukturen
428 entschieden entgegenzutreten, fordern wir eine Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung
429 von
430 Bewerber*innen noch vor Einstellung in die Bundeswehr. Eine weitere wichtige
431 Präventionsmaßnahme zur Verhinderung von rechtsextremistischen Tendenzen und
432 Entwicklungen in der Bundeswehr ist die politische Bildung der Truppe. Aber auch
433 andere Strukturen müssen verändert werden. Zu oft folgen die Ausbildung und das Leben
434 in der Bundeswehr patriarchalen und rassistischen Denkmustern, die gerade für FINTA,
435 queere Menschen und BIPOC die Bundeswehr zu etwas bedrohlichem machen. Sexistische
436 Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der Truppe ausnahmslos geahndet
437 werden. Auch Diskriminierung von queeren Angehörigen der Bundeswehr muss weiter
438 abgebaut werden und eine entsprechende Aufklärung und Sensibilisierung in allen
439 Bereichen der Bundeswehr stattfinden. Um ein langfristig tolerantes Klima zu
440 etablieren, sollen alle Führungskräfte verpflichtende Fortbildungen zu Vielfalt und
441 Antidiskriminierung besuchen. Kritik an diesen Verhaltensweisen verstummt zu oft
442 durch fehlende Meldestellen oder bewusste Patronage. Die Bundeswehr muss aber für
443 alle Menschen zugänglich und diskriminierungsfrei sein! Neben den internen Strukturen
444 müssen auch Auslandseinsätze kritisch reflektiert werden. Das scheinbar grenzenlose
445 Versagen des Afghanistan-Einsatzes hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass hier
446 Reformbedarf besteht. Noch immer sind nicht alle Ortskräfte aus Afghanistan geholt
447 wurden: regimekritische und progressive Aktivist*innen wurden bei den Evakuierungen
448 oftmals im Stich gelassen, noch immer werden die langjährigen Kritiker*innen des
449 Einsatzes ignoriert, noch immer Leiden vulnerable Gruppen unter der Terrorherrschaft
450 der Taliban. Das ist eine Schande, weshalb hier schnell Konsequenzen gezogen werden
451 müssen. Diese Strukturreformen werden eine enorme Kraftanstrengung erfordern, die
452 aber in einer ganz klaren Vision münden können: Der Einführung der Europäischen
453 Armee. Die nationalen Kompetenzen der Einzelarmeen sollen auf das Europäische
454 Parlament übertragen werden, um hier eine wirkliche demokratische und europäische
455 Verteidigungspolitik zu schaffen, die die nationalen Armeen ersetzt und eine
456 europäische Solidarität im Falle eines Angriffs sicherstellt. Damit schaffen wir auch
457 ein gemeinsames Beschaffungswesen und sorgen für Abrüstung in den Einzelstaaten.

458 Gerade der Krieg in der Ukraine hat nämlich gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes
459 und gemeinsames europäisches Vorgehen ist. Uns ist dabei bewusst, dass das Vorhaben
460 einer Europäischen Armee Zeit in Anspruch nimmt, nicht unkritisch gesehen wird und
461 sich die Frage nach anderen Verteidigungsbündnissen stellt. Trotzdem erkennen wir an,
462 dass es aktuell einen Bedarf für ein Verteidigungsbündnis wie der NATO gibt. Eine
463 Herausforderung in der Umsetzung sehen wir in den aktuellen undemokratischen
464 Tendenzen der EU und den wachsenden autokratischen Tendenzen in vielen
465 Mitgliedsstaaten. Hier sind dringend Reformen notwendig, die die EU demokratischer
466 machen. Zum Beispiel, in dem das Europäische Parlament endlich gestärkt und ein
467 gemeinsames europäisches Wahlrecht eingeführt wird. Außerdem muss das
468 Einstimmigkeitsprinzip endlich vollständig abgeschafft werden, um zu verhindern, dass
469 einzelne Länder wichtige Maßnahmen blockieren, so wie es bei Ungarn in den letzten
470 Jahren der Fall war. Auch bei der Schaffung der Europäischen Armee setzten wir die
471 gleichen Maßstäbe wie bei der Bundeswehr an. Aus einer feministischen,
472 antirassistischen und antisemitismuskritischen Perspektive heraus heißt das, dass wir
473 patriarchale, rassistische und antisemitische Strukturen gar nicht erst entstehen
474 dürfen und bei Fällen solcher Art konsequent eingeschritten werden muss. Dafür sind
475 entsprechende Strukturen zu schaffen. Eine patriarchale Kultur hat ebenso wenig einen
476 Platz in der Europäischen Armee. Abschließend muss das Modell einer Europäischen
477 Armee auch mit unseren Partner*innen gerade im Hinblick auf Euro- und Westzentrismus
478 diskutiert werden, um hier Missverständnissen vorzubeugen. Klar ist: Die Europäische
479 Armee ist kein Projekt der Aufrüstung oder um Angriffskriege zu führen! Außerdem ist
480 sie kein koloniales oder eurozentristisches Projekt!

481 Deshalb fordern wir:

482

483 • Eine bessere und andere Ausrüstung für die Bundeswehr. Das umfasst:

- 484 - Eine Ausrüstung, die den hochtechnologischen Bedarfen und neuen
- 485 Herausforderungen wie der Cybersicherheit angepasst wird.
- 486 - Eine Fokussierung der Ausgaben für die Bündnisarbeit und Bündnisverteidigung .
- 487 - Eine Priorisierung der Personenausrüstung der Soldat*innen.

488

489 • Eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Diese umfasst:

- 490 - Effizientere Regelungen zur Beschaffung.
- 491 - Eine Erhöhung der Grenzen zur Vorort Beschaffung mit gleichzeitiger Anpassung
- 492 der Prüfkriterien. Damit ist gemeint, dass das benötigte Material entsprechend
- 493 direkt von Kommandeur*innen der Bundeswehr bestellt werden soll, um unnötige
- 494 bürokratische Prozesse zu vermeiden.
- 495 - Eine gemeinsame europäische Beschaffung mit den europäischen Partner*innen und
- 496 eine Priorisierung der Beschaffung europäischer standardisierter Rüstungsgüter
- 497 mit einem Schwerpunkt auf digitale Effizienz.
- 498 - Eine Überprüfung der bestehenden Verträge, gerade auf die Instandhaltung hin.
- 499 - Die Schaffung einer umfassenden gesetzlichen Rüstungskontrolle und den Ausbau
- 500 des Kriegswaffenkontrollgesetzes.
- 501 - Eine gesetzliche Regelung zur Verhinderung von Nähe der Auftragnehmer*innen
- 502 zum Beschaffungswesen.
- 503 - Die konsequente Umsetzung der Antikorruptionsbestimmungen des Bundes im BMVg

- 504 sowie die Einführung von Regelungen, die einen regelmäßigen Wechsel von
505 Beam*innen in korruptionsgefährdeten Ämtern ermöglichen.
- 506 • Eine Reform der Strukturen der Bundeswehr. Diese umfasst:
507 - Eine Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Spezialisierung auf einzelne
508 Teilbereiche und eine Verschlanung der Führungsstruktur.
509 - Keine Erhöhung der Truppenstärke.
510 - Die Ablehnung der Wiedereinführung der Wehrpflicht.
511 - Die Überprüfung der Auslandseinsätze der Bundeswehr auf ihre Sinnigkeit sowie
512 die bedingungslose Unterstützung von Ortskräften und vulnerablen Gruppen in
513 Krisengebieten.
514 - Eine Europäisierung der verteidigungspolitischen Richtlinien.
515 - Eine Reform soldatenrechtlicher Vorschriften zur Bekämpfung des
516 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der
517 Veränderung der Offiziersausbildung. Außerdem mehr Forschung zu
518 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bundeswehr,
519 eine ausführliche Vorabprüfung von Soldat*innen, die Beschleunigung von
520 Verfahren von Truppendienstgerichten und wirklich unabhängige Meldstellen für
521 Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bundeswehr.
522 Zusätzlich muss der Militärische Abschirmdienst besser kontrolliert werden und
523 soll keine V-Männer mehr beschäftigen dürfen. Dazu ist er unter bessere
524 parlamentarische Kontrolle zu stellen.
525 - Eine starke Reduzierung der privaten, teuren Berater*innenverträge.
526 • -Die wöchentlichen Stunden an politischer Bildung für Soldat*innen müssen erhöht
527 werden. Dabei kann sich an den Empfehlungen der Bundeswehrbeauftragten
528 orientiert werden. Zusätzlich sollte ein Kriterienkatalog entwickelt werden, für
529 welche Dienstleistungen Berater*innen engagiert werden dürfen. Grundsätzlich
530 sollten externe Dienstleistungen einen zeitlich begrenzten Mehrwert bringen und
531 nur im äußersten Ausnahmefall (Sicherstellung der Erfüllung der staatlichen
532 Aufgabe) sowie keinesfalls auf Dauer interne, unbesetzte Positionen füllen
- 533 - Einheitliche und dem Ausbildungsstand von Soldat*innen entsprechende Standards, die
534 den dienstlichen Schutz, insb. von Rekrut*innen, sicherstellen und den jeweiligen
535 Witterungsverhältnissen etc. angepasst sind.

536
- Eine unabhängige Instanz, die ebenfalls als Anlaufstelle für Soldat*innen dienen

537
soll, die etwaiges Fehlverhalten von Vorgesetzten im Dienst ernsthaft und ohne

538
Rücksicht auf etablierte Strukturen und mögliche Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb

539
der Bundeswehr verfolgt, aufklärt und ahndet.

- 540 • Die Einführung der Europäischen Armee und die gleichzeitige Abschaffung der
541 nationalen Armeen mit folgenden Schritten:

- 542 - Die vollständige Kompetenzübertragung auf das Europäische Parlament mit dem
543 Charakter einer Parlamentsarmee.
- 544 - Die Erhöhung der Zahl der europäischen Manöver bei gleichzeitiger Reduzierung
545 der nationalen Manöver und eine jetzt schon einsetzende Arbeitsteilung zwischen
546 existierenden nationalen Armeen in der EU.
- 547 - Ein ständiges militärisches Hauptquartier der EU.
- 548 - Ein eigenständiger EU-Ministerrat für Militärfragen.
- 549 - Gleiche Überprüfungsmechanismen wie wir sie schon bei der Bundeswehr in Bezug
550 auf Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fordern.

551 Zivilschutz:

552 Zivilschutz Bei der Frage von Sicherheit muss auch der Zivilschutz als Teil des
553 Bevölkerungsschutzes in den Blick genommen werden. Veralterte oder fehlende Alarm- und
554 Warnsysteme und falsch genutzte WarnApps führen dazu, dass eine effektive Warnung der
555 Bevölkerung kaum möglich ist. Das Fehlen von Investitionen führt dazu, dass das
556 System Bevölkerungsschutz an seine Grenzen geraten ist. Feuerwehren,
557 Hilfsorganisationen, THW und die Träger der lokalen Katastrophenschutzeinheiten
558 müssen umfassend finanziert werden, sowohl in ihrer Ausstattung, als auch in der
559 Ausbildung ihrer Helfer*innen. Die rein militärische Ausrichtung des Sondervermögens
560 ist eine verpasste Chance, besonders mit Blick darauf, dass die Bundesregierung
561 plant, den Zivilschutzhaushalt im nächsten Jahr drastisch zu kürzen. Dieses Signal
562 geht in die völlig falsche Richtung! Ein richtiges Signal ist eine Neustrukturierung
563 des Systems, die Schaffung einer funktionierenden Warninfrastruktur sowie
564 Investitionen in die Träger des Bevölkerungsschutzes. Alle Investitionen sollten dem
565 Ziel dienen, den Bevölkerungsschutz endlich mit den Standards und Anforderungen des
566 Europäischen Zivilschutzmechanismus vereinbar zu machen.

567

568 Daher fordern wir:

- 569 ☐ Umfassende Investitionen in eine bundesweit funktionierende Warninfrastruktur.
- 570 ☐ Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes entsprechend der europäischen Standards.
- 571 ☐ Gezielte Investitionen in den Bevölkerungsschutz und seine Träger auf allen Ebenen
572 statt Haushaltskürzungen.
- 573 ☐ Förderung von Ehren- und Hauptamtlichen im Bevölkerungsschutz.
- 574 • Finanzielle Unterstützung des Bundes an das THW und finanzielle Unterstützung
575 des Bundes an die Länder, damit diese das Engagement in den Freiwilligen
576 Feuerwehren stärken können.
- 577 • Dass nach der Schaffung der europäischen Armee diese bei Naturkatastrophen und
578 schweren Unglücken innerhalb Deutschlands Aufgaben des Zivilschutzes übernehmen
579 kann.

580 Rüstungsindustrie:

581 Für uns ist klar: Mit Waffen und militärischen Equipment dürfen keine Profite gemacht
582 werden. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine können wir
583 beobachten, wie Rüstungskonzerne Gewinne erzielen. Dabei sind sie oft noch nicht mal
584 verlässlich. Zu oft wurde in der Vergangenheit Material versprochen, das entweder
585 fehlerhaft oder nicht lieferbar war. Stattdessen wurde von den Konzernen

586 Preisspekulation betrieben. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Damit wollen wir
587 ebenfalls Korruption bekämpfen. Wir halten deshalb die von Verteidigungsministerin
588 Christine Lambrecht angebrachte Kritik, dass die Waffenexporte zu streng
589 reglementiert seien für falsch. Vielmehr begrüßen wir strenge Waffenexportregeln und
590 wollen diese auch auf europäischer Ebene umsetzen.

591 Deshalb fordern wir:

- 592 • Eine nationale, europäische und internationale Übergewinnbesteuerung von
- 593 Rüstungskonzernen.
- 594 • Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.
- 595 • Das Verbot von privater Rüstungsproduktion und Rüstungsentwicklung
- 596 • Dass sich die Bundesregierung für strengere Regelung für Waffenexporte von
- 597 Rüstungskonzernen in der EU und weltweit einsetzt.

598

599 **Werte- und regelbasierte Handelspolitik**

600 Ausgangslage

601 Die neoliberale Idee, dass gegenseitige Abhängigkeit durch wechselseitige
602 Handelsbeziehungen und die damit einhergehenden Wohlstandsgewinne allein Friede und
603 internationale Verständigung fördert, ist spätestens mit dem Angriff Russlands auf
604 die Ukraine gescheitert. Handel führt weder per se zu Frieden, noch zu einer
605 automatischen Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit den
606 Handelspartner*innen.

607 Handel führt zwar grundsätzlich zu Wohlstandsgewinnen. Die Bedingungen zu denen
608 gehandelt wird, entscheiden aber darüber, wem diese zu Gute kommen. Eben diese
609 Bedingungen, insbesondere die Preise legen fest, ob bei Handelsbeziehungen zwischen
610 unterschiedlich starken Partner*innen die schwächere Seite profitieren kann oder in
611 ihrer Entwicklung gehemmt wird. Die Entscheidung, mit welchen Ländern Handel
612 getrieben wird führt zu einer Stabilisierung bestehender Verhältnisse in den
613 jeweiligen Ländern im Guten wie im Schlechten und zu Wohlstandsgewinnen bei der
614 jeweilig ökonomisch dominanten Klasse der jeweiligen Länder. Unsere Handelspolitik
615 soll dabei soweit möglich dazu beitragen, dass es auch innerhalb der Länder der
616 Handelspartner*innen zu einer gerechten Verteilung der Wohlstandsgewinne kommt.

617 Handelspolitik kann niemals wertfrei sein. Die Globalisierung geht mit einer
618 zunehmenden Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften einher. Ein Zurück in eine
619 Zeit, in der wirtschaftliche Autarkie der Nationalstaaten durch eine merkantile
620 Handelspolitik das Ziel ist, ist dabei ebenso wenig wünschenswert wie die Fortsetzung
621 der neoliberalen Freihandelspolitik der letzten Jahrzehnte. Stattdessen muss sich
622 Handelspolitik einordnen in ein außenpolitisches Gesamtkonzept und nach demokratisch
623 festgelegten Regeln erfolgen. Sie soll der Förderung unserer sozialistischen
624 Vorstellung dienen.

625 Sozialistische, wertebasierte Handelspolitik

626 Die Frage, der Durchsetzung welcher Werte unsere Handelspolitik und die unserer
627 internationalen Partner*innen dienen soll, ist eng mit der Frage verknüpft, auf
628 welche Bereiche Handelspolitik Einfluss nehmen kann. Aus den Beobachtungen der
629 letzten Jahre lässt sich folgern, dass Handelspolitik insbesondere auf die Förderung

630 von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, der Sicherung von
631 Beschäftigung, der Reduzierung von CO₂-Emissionen, und der Förderung der
632 wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern des globalen Südens dienen kann.

633 Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und Gleichstellung

634 Intensive Handelsbeziehungen steigern die wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen
635 Ländern, stabilisieren potentiell die bestehenden politischen und wirtschaftlichen
636 Verhältnisse der Handelspartner*innen und erhöhen deren Wirksamkeit als Druckmittel
637 im Fall internationaler Konflikte. Auch wenn Handel mit Autokratien zu kurzfristigen
638 Wohlstandsgewinnen beitragen kann, lehnen wir es ab, dafür in Kauf zu nehmen, sich in
639 die politische Abhängigkeit autokratischer Länder zu begeben und unterdrückerische
640 politische Systeme durch Handel zu stabilisieren.

641 Diese Feststellungen machen es erforderlich, Länder anhand dieser Kriterien zu
642 kategorisieren und abhängig davon intensive oder eingeschränkte Handelsbeziehungen
643 mit ihnen zu befördern. Eine politische Kategorisierung muss an die Stelle eines
644 internationalen Handels treten, der sich allein an Gesichtspunkten der Profitabilität
645 der Handelsbeziehungen für die einzelnen Unternehmen orientiert.

646 Aus der Beobachtung der letzten Jahre fest, dass eine zu schnelle Öffnung sich
647 entwickelnder Volkswirtschaften für den freien Handelsverkehr ohne Zölle und
648 nichttarifäre Handelshemmnisse häufig dazu geführt hat, dass diese Länder dadurch in
649 ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen wurden und die weiter entwickelnden
650 Volkswirtschaften einseitig profitiert haben. Dies gilt es zu verhindern, eine
651 bedingungslose Freihandelspolitik zwischen unterschiedlich starken Partne*innen kann
652 nicht in unserem Interesse sein. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass sich ein
653 exklusiver Club aus miteinander Handel treibenden Volkswirtschaften entwickelt.
654 Gerade sich entwickelnden Volkswirtschaften, in denen sich eine positive Entwicklung
655 nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Kennzahlen, sondern auch in Bezug auf
656 Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit abzeichnet, muss es möglich sein, abhängig von
657 ihren wirtschaftlichen Entwicklungen, auch ihre Handelsbeziehungen mehr und mehr zu
658 vertiefen. Wandel durch Annäherung" und "Wandel durch Handel" als Konzepte einer
659 Verstärkung positiver Entwicklungen. Unser Konzept verstehen wir als eine
660 Weiterentwicklung dieser Konzeption, da sie anerkennt, dass dort wo eine
661 Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation, eine Erodierung demokratischer
662 Gesellschaften oder autoritäre Entwicklungen bereits passieren, nicht durch
663 verstärkten Handel aufgehalten werden. Eine Kategorisierung darf deshalb nicht als
664 hartes Schema verstanden werden, sondern als Orientierungsrahmen, auf Basis dessen
665 eine politische Entscheidung bezogen auf den Einzelfall getroffen wird, wie die
666 handelspolitischen Beziehungen zu dem infrage stehenden Land ausgestaltet werden.

667 Als solchen Orientierungsrahmen, schlagen wir folgende Kategorisierung vor:

668 *Enge Handelspartner*innen* sind dabei die Länder der EU, ebenso wie demokratisch
669 gefestigte Staaten, mit einem funktionierenden Rechtsstaat, der Menschenrechte,
670 insbs. auch die Gleichheitsrechte seiner Bürger*innen garantiert, sich
671 völkerrechtsfreundlich verhalten und die wirtschaftlich vergleichbar stark sind. Die
672 wirtschaftliche Stärke gilt es dabei relativ und nicht absolut zu erfassen.

673 *Handelspartner*innen* sind Länder, die grundsätzlich demokratisch verfasst sind, einen
674 vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleisten, sich völkerrechtsfreundlich verhalten

675 und sich grundsätzlich zu einer friedlichen Weltordnung und Konfliktlösung im Rahmen
676 internationaler Organisationen wie der UN bekennen.

677 *Eingeschränkte Handelspartner*innen* sind Länder, die keine demokratische Verfassung
678 aufweisen, keinen oder einen nur sehr eingeschränkten Grundrechtsschutz gewährleisten
679 und von denen jedoch keine völkerrechtswidrigen Aggressionen für andere Länder
680 ausgehen.

681 *Keine Handelspartner*innen*, sind Autokratien und Diktaturen, die weder Menschenrechte
682 achten, noch rechtsstaatlich verfasst sind und von denen völkerrechtswidrige
683 Aggressionen ausgehen. Während mit letzterer Kategorie in Absprache mit unseren
684 internationalen Partner*innen keinen Handel stattfinden soll, wird mit
685 *eingeschränkten Handelspartner*innen* in kleinerem Umfang nur solcher Handel
686 betrieben, der in Konfliktfällen schnell beschränkt oder ausgesetzt werden kann, ohne
687 dass dies die eigene Volkswirtschaft nennenswert beeinträchtigt. Mit
688 *Handelspartner*innen* wird Handel in größerem Umfang betrieben, aber ohne, dass dieser
689 aufgrund seiner Bedeutung für Lieferketten oder Energieerzeugung nicht zumindest
690 mittelfristig eingeschränkt werden könnte. Im Verhältnis zu *engen*
691 *Handelspartner*innen* ist es das Ziel, Handelshemmnisse weitgehend zu beseitigen,
692 Handelsbeziehungen zu verfestigen und gegenseitig die Resilienz der eigenen
693 Lieferketten zu befördern. Gleichzeitig sollen staatlich kritische Infrastrukturen
694 unter keinen Umständen Bestandteil der Handelspartnerschaft mit eingeschränkten
695 Partner*innen oder Autokratien und Diktaturen darstellen.

696 Gleichstellung

697 Wir verfolgen auch mit unserer Handelspolitik explizit gleichstellungspolitische
698 Ziele. Unsere bisherige Handelspolitik fördert insbesondere industrielle Branchen in
699 denen FINTA stark unterrepräsentiert sind. Zudem wurden besonders arbeitsintensive
700 Industriebranchen in den letzten Jahrzehnten in Volkswirtschaften mit sehr geringen
701 Arbeitsstandards ausgelagert, in denen diese Tätigkeiten vor allem von FINTA
702 verrichtet werden. Wir wollen mit unserer Handelspolitik beide Entwicklungen
703 bekämpfen, indem wir uns einerseits innerhalb unseres Handelsraums, andererseits
704 entlang unserer Lieferkette für hohe Arbeitsschutzstandards und auskömmliche Löhne
705 einsetzen. Dafür wollen wir vor allem die handeltreibenden Unternehmen in die Pflicht
706 nehmen. Zudem lehnen wir CO₂- Kompensationsprojekte des Globalen Nordens im Globalen
707 Süden, die zur Herbeiführung der eigenen Klimaneutralität angerechnet werden,
708 vehement als neokoloniales Instrument ab. Darüber hinaus ist die Gleichstellung von
709 Männern und FINTA für uns auch ein allgemeines Menschenrecht. Deshalb geht das
710 Schutzniveau dieses Gleichheitsrechts auch maßgeblich für uns in die oben
711 beschriebene Kategorisierung mit ein.

712 Sicherung von guter Beschäftigung

713 Sowohl die Lieferengpässe während Covid als auch die Lieferausfälle in der Folge des
714 russischen Angriffs am 24.02.2022 auf die Ukraine haben gefährliche Abhängigkeiten
715 insbesondere der europäischen und deutschen Industrie von einigen wenigen
716 zuliefernden Unternehmen in bestimmten Ländern und von ausländischen Energieimporten
717 insbs. Aus Russland gezeigt. Zur Sicherung von Beschäftigung muss politisches Ziel
718 die energiepolitische Unabhängigkeit und der Aufbau resilienter Lieferketten sein.
719 Außerdem lehnen wir es ab, dass die Verlagerung von Produktionskapazitäten zur
720 Umgehung von arbeitsrechtlichen Standards und zum Lohndumping genutzt wird.

721 Stattdessen soll unsere Handelspolitik international höhere Löhne, bessere
722 Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit fördern.

723 Deshalb fordern wir:

- 724 • Den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung.
- 725 • Den Umstieg auf klimaneutrale industrielle Produktionsverfahren durch durch eine
726 konsequente Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien statt fossiler
727 Energieträger.
- 728 • Eine Transformation hin zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zur
729 Bekämpfung des Klimawandels sowie zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung
730 in Ländern des Globalen Südens
- 731
- 732 • Diversifizierung von Lieferant*innen von Vorprodukten, sodass eine
733 Unabhängigkeit von eingeschränkten Handelspartnern sichergestellt ist.
- 734 • Aufbau von schnell skalierbaren Produktionsstandorten strategisch wichtiger
735 Vorprodukte in der EU und gemeinsam mit engen Handelspartner*innen und eine
736 Diversifizierung von Lieferketten.
- 737 • Mindeststandards für internationalen Handel, die sich an den SDGs, den
738 Kernarbeitsnormen der International Labour Organization, Gewerkschaften und
Empfehlungen orientieren

739 Klimapolitik und Handelspolitik

740 Genauso wenig wie Handel dazu genutzt werden soll, Arbeits- und Sozialstandards zu
741 umgehen, muss Carbon Leakage - also das bloße Abwandern von CO₂-Emissionen in andere
742 Länder - verhindert werden, wenn die Pariser Klimaziele eine Chance auf Einhaltung
743 haben sollen. Unternehmen dürfen nicht die Möglichkeit haben, die CO₂-Steuer oder das
744 Emissionshandelssystem durch Verlagerung der Produktion von Vorprodukten zu umgehen.
745 Der CO₂-Verbrauch entlang der gesamten Wertschöpfungskette muss vollständig
746 nachvollzogen werden können und transparent gemacht werden. Auch im Rahmen der
747 Rohstoffbeschaffung muss nachvollzogen werden, woher die Rohstoffe stammen und
748 inwieweit die Beschaffung Entwaldung voraussetzte oder natürliche CO₂-Senken negativ
749 beeinträchtigt. Darüber hinaus gilt es, den Wasserverbrauch entlang der Lieferketten
750 insbesondere in Ländern mit geringen Wasservorkommen zu minimieren.

751 Wir streben kürzere Transportwege und eine Stärkung lokaler Produktion zur
752 Minimierung der CO₂-Emissionen entlang der Transportwege an.

753 Wir bekennen uns positiv zu dem Konzept der Klimatransformationsfonds, durch die
754 Länder, die sich für den Erhalt ihrer natürlich CO₂-Senken einsetzen, finanziell von
755 den industrialisierten Ländern dafür kompensiert werden, dass sie diese Aufgabe im
756 Sinne des Weltklimas übernehmen.

757 Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

758 Die Bedingungen unter denen Handel zwischen ökonomisch ungleichen Partner*innen
759 stattfindet, entscheiden darüber, wie die Wohlstandsgewinne aus dem wechselseitigen
760 Handel verteilt werden. Dabei gibt es positive Beispiele wie die Entwicklung der
761 sogenannten "südostasiatischen Tigerstaaten", die von internationalem Handel stark
762 profitieren konnten und negative Beispiele wie der Export von subventionierten

763 Agrarprodukten aus der EU, die die eigene Agrarproduktion in vielen afrikanischen
764 Staaten zerstört oder in ihrer Entwicklung stark gehemmt hat.

765 Wesentlich dafür, ob Länder in ihrer Entwicklung durch internationalen Handel
766 profitieren ist, ob es den ökonomisch schwächeren Ländern überlassen bleibt, die
767 Bedingungen unter denen sie Handel treiben und welche Branchen sie dem
768 internationalen Handel öffnen, selbst festzulegen oder ob ihnen, wie bei etlichen
769 afrikanischen Ländern, diese Bedingungen durch internationale Organisationen wie die
770 WTO, die Weltbank oder benachteiligende Freihandelsabkommen aufgezwungen werden.
771 Insbesondere in Nord-Süd-Abkommen zwischen westlichen Ländern und Ländern der
772 Südhalbkugel wurden postkoloniale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse reproduziert.

773 Wir erachten die Freigabe von Patenten als wirksames Mittel, um insbesondere die
774 industrielle Entwicklung von sich entwickelnden Ländern zu stärken.

775 Deswegen bleiben wir bei unserer Ablehnung von Freihandels- und Investitionsabkommen
776 mit ökonomisch schwächeren Ländern. Industrialisierte Länder wie Deutschland dürfen
777 weder über internationale Organisationen noch unmittelbar aus ihrer ökonomischen
778 Stärke Zwang ausüben, ihre Märkte unbegrenzt zu öffnen. Alle Länder müssen die
779 Freiheit haben, die Kriterien, zu denen sie Handel treiben, eigenständig festzulegen.

780 In den letzten Jahren beobachten wir vermehrt, wie insbesondere China seine
781 Entwicklungspolitik dafür nutzt, Schwellenländer durch Kreditvergabe in seine
782 wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und sich dadurch Absatzmärkte und Rohstoffe
783 zu sichern. China nutzt ein Vakuum, dass durch die Schwäche internationaler
784 Institutionen wie der Weltbank und Entwicklungsbank entstanden ist, für seine
785 merkantilistische Politik.

786

787 Instrumente unserer Handelspolitik

788 Freihandels- und Investitionsabkommen

789 Die Erfahrungen mit Freihandels- und Investitionsabkommen sind mehrheitlich negativ.
790 Insbesondere die Nord-Süd-Abkommen haben sich als einseitiges Mittel der Ausbeutung
791 sich entwickelnder Länder erwiesen und wir setzen uns weiterhin für ihre Abschaffung
792 ein.

793 Wir lehnen Investitionsschutzklauseln ab.

794 Investitions- und Handelsabkommen sind starre völkerrechtliche Vereinbarungen, die in
795 aller Regel nicht oder nur mit unzureichender Mitwirkung der demokratischen
796 Institutionen der jeweiligen Länder angepasst werden können. Sie dienen dabei
797 tendenziell einseitig der Durchsetzung einer neoliberalen Freihandelsdoktrin.
798 Stattdessen setzen wir auf demokratische Rechtssetzung zur Aufstellung von Regeln, zu
799 denen wir Handel treiben.

800 Ein begrenzter Anwendungsbereich für Handelsabkommen zur Festsetzung gemeinsamer
801 Standards oder Festlegung abgestimmter Zölle mit *engen Handelspartner*innen* kann
802 verbleiben.

803 Internationale Organisationen

804 Grundsätzlich begrüßen wir Jusos internationale Organisationen als Möglichkeit,
805 Herausforderungen staatenübergreifend und losgelöst von rein nationalen Interessen zu
806 bewältigen. Insbesondere die Welthandelsorganisation hat sich in der Vergangenheit

807 als einseitiges Instrument zur Durchsetzung von Interessen der industrialisierten
808 Länder zu Lasten sich entwickelnder Länder herausgestellt. Wir wollen die WTO zu
809 einer Agentur für Handelsfragen bei der UN umbauen, die transparent bei der Klärung
810 von Handelsstreitigkeiten hilft.

811 Weltbank und Entwicklungsbank gilt es im Sinne einer gerechten Einbindung aller
812 Mitgliedsstaaten umzubauen und als supranationale Institutionen der
813 Entwicklungspolitik zu stärken, ohne dass die Unterstützung an die Öffnung der
814 heimischen Märkte für den internationalen Handel geknüpft wird.

815 Regelbasierte Handelspolitik

816 Statt starrer Investitionsabkommen setzen wir uns für eine regelbasierte
817 Handelspolitik durch Rechtsetzung der bestehenden demokratischen Institutionen ein.
818 Dabei sehen wir insbesondere die EU in der Aufgabe, Kriterien festzulegen, auf Basis
819 derer die Bewertung erfolgt, wie intensiv mit anderen Ländern Handel getrieben werden
820 soll.

821 Das Lieferkettengesetz stellt regelungssystematisch eine mögliche Blaupause einer
822 alternativen Möglichkeit der Regulierung von Handelsbeziehungen abseits von
823 Freihandelsabkommen oder der WTO dar. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Unternehmen
824 stärker als im bisherigen Lieferkettengesetz und bewährt mit härteren Sanktionen, zur
825 Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards orientiert an den ILO-Bestimmungen
826 verpflichtet werden.

827 Lieferkettengesetze müssen dabei mit effektiven Monitoringmechanismen ausgestattet
828 sein, sie müssen den Betroffenen wirksame Klagemechanismen einräumen und die
829 Unternehmen auch zivilrechtlich in die Haftung nehmen. Dabei ist auf den Einbezug von
830 Gewerkschaften dringend zu achten, auch sie müssen die Möglichkeit haben, bei
831 entsprechenden Klagestellen die Einhaltung der entsprechenden Standards einzuklagen
832 Zudem müssen den Unternehmen vergleichbar mit dem Lieferkettengesetz ebenfalls zur
833 Einhaltung von Mindeststandards bei der CO₂-Emission entlang ihrer Lieferkette
834 verpflichtet werden, ihnen Transparenzpflichten auferlegt und die Rohstoffbeschaffung
835 auf Kosten von Entwaldung oder der Zerstörung natürlicher CO₂-Senken ausgeschlossen
836 werden.

837 Direktinvestitionen

838 Zum Aufbau strategisch wichtiger Produktionsstandorte von notwendigen Vorprodukten
839 ist es im Kontext eines internationalen Marktumfelds erforderlich, auf Basis einer
840 strategischen Planung vornehmlich innerhalb der EU staatliche Direktinvestitionen zum
841 Aufbau entsprechender Kapazitäten im Sinne einer Resilienzreserve vorzunehmen. Dabei
842 muss ausgeschlossen bleiben, dass diese Investitionen den Renditeinteressen privater
843 Eigentümer*innen zu Gute kommen.

844 Tarifäre- und nichttarifäre Handelsbeschränkungen

845 Grundsätzlich lehnen wir Zölle als protektionistische Maßnahme im Verhältnis
846 entwickelter Industrieländer ab. Jedoch sehen wir tarifäre Handelsbeschränkungen etwa
847 zur Internalisierung externer Effekte wie etwa im Rahmen der Einführung des CO₂-
848 Ausgleichs als begrüßenswert an. Zudem können Zölle auch im Verhältnis zu
849 *ingeschränkten Handelspartner*innen* zur Anwendung kommen, um das
850 Gesamthandelsvolumen oder gezielt den Handel in einzelnen Branchen zu beschränken

851 oder vollständig auszuschließen.

852 Nichttarifäre Handelsbeschränkungen sind für uns ein wichtiges Instrument zur Wahrung
853 von Produktstandards. Im Verhältnis zu *engen Handelspartner*innen* setzen wir uns für
854 eine Harmonisierung bei hohem Schutzstandard ein.

855 Insbesondere für Länder des globalen Südens ist es von herausragender Wichtigkeit,
856 dass ihnen nicht durch den Druck industrialisierter Länder die Möglichkeit genommen
857 wird, ihre Volkswirtschaft als Ganzes oder einzelne Branchen vor der Konkurrenz des
858 Weltmarkts zu schützen und damit die eigene Entwicklung zu fördern.

859 Sanktionen

860 Wirtschaftssanktionen sind ein legitimes Mittel, um außenpolitischen Druck zu
861 erzeugen. Auch vollständige Handelsboykotte sind ein mögliches Mittel, den Druck zu
862 steigern, wenn zielgenaue Maßnahmen nicht wirken. Zunächst sollen jedoch stets
863 zielgenaue Maßnahmen den Vorrang erhalten, die das Ziel verfolgen, das Gros der
864 Zivilbevölkerung vor negativen Auswirkungen zu schützen und insbesondere, diejenigen
865 in den Blick nehmen, die die faktische Verantwortung für politische
866 Entscheidungsprozesse tragen. Um die Auswirkungen auf die eigene Volkswirtschaft
867 erträglich zu gestalten, ist eine vorausschauende Handelspolitik notwendig, um die
868 eigene wirtschaftliche Abhängigkeit von potentiellen Sanktionsadressat*innen zu
869 senken. Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle bestehenden internationale
870 Sanktionen und Handelsboykotte unseren Ansprüchen entsprechen. Bestehende Sanktionen
871 müssen deshalb regelmäßig überprüft werden, sowohl auf ihre Auswirkungen, als auch
872 auf das Fortbestehen ihrer Begründung.

873 Die Sanktionierung soll dabei in enger Absprache mit unseren Partner*innen erfolgen.
874 Wir fordern gleichzeitig unsere Partner*innen in verschiedenen Bündnissen auf, von
875 unilateralen Sanktionen abzusehen und gemeinsame Wege zu gehen.

876 Patentschutz

877 Wir setzen uns für eine Lockerung des Patentschutzes ein. Insbesondere bei
878 Arzneimitteln, medizinischen Vorprodukten, aber auch bei technischen Entwicklungen
879 muss der Patentschutz ausgesetzt oder stark verkürzt werden. Davon würden
880 insbesondere Länder des globalen Südens profitieren

881 Binnennachfrage und Leistungsbilanzen

882 Wir streben ausgeglichen Leistungsbilanzen zur Stärkung der Binnennachfrage und
883 Verminderung der Abhängigkeit von Exporten an. Dafür wollen wir durch staatliche
884 Ausgaben die Nachfrage erhöhen.

885

886 **Keine Sicherheit ohne Frieden und globale Zusammenarbeit!**

887 Die akuten, sich wechselseitig verstärkenden Krisen des Kriegs in der Ukraine, der
888 globalen Nahrungsmittelversorgung, der gestörten industriellen Lieferketten, der
889 Corona-Krise und der Inflation wirken wie ein Katalysator für die Dauerkrisen, die
890 uns dauerhaft global bedrohen: Armut, Hunger und die einsetzende ökologisch-
891 atmosphärische Katastrophe. Alle diese Krisen haben ihre Wurzel im Kapitalismus. Nur
892 durch die Überwindung des Kapitalismus können wir sie langfristig beenden. Globale
893 Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit sind unsere zentralen Ziele für einen
894 internationalen Sozialismus. Antimilitarismus und Entwicklungspolitik können diese

895 Ziele nicht umfassend erreichen und konfrontieren uns mit den Widersprüchen der
896 kapitalistischen Weltordnung.

897 Globale Solidarität statt „Entwicklungspolitik“

898 Der Begriff der „Entwicklung“ ist im internationalistischen Kontext bereits für sich
899 genommen problematisch. Er steht in der Tradition einer dominierenden und
900 diskriminierenden hegemonialen Machtausübung der Nationalstaaten des Globalen
901 Nordens. Der Begriff der „Entwicklung“ weist damit bis heute auf weiterhin
902 existierende (post-)koloniale Strukturen hin. Die real existierenden
903 „Entwicklungszusammenarbeit“ basiert vielfach auf dem Grundsatz: „Unser Geld, unsere
904 Bedingungen“. Einen solchen Grundsatz kann nur haben, wer fälschlich glaubt, beim
905 kapitalistisch erbeuteten Wohlstand des Globalen Nordens handele um „verdientes“
906 Kapital, das auf rechtmäßig angeeigneten Ressourcen beruhe. Der ebenfalls
907 problematische Begriff der „Hilfe“ kann und sollte sich nur auf die Nothilfe in
908 Katastrophensituationen beziehen, nicht auf ein dauerhaftes Verhältnis zwischen
909 souveränen Staaten. Eine Entwicklungspolitik im sozialistischen Sinn kann aufgrund
910 dieser Tatsachen nur eine solche sein, die im Sinne einer globalen Solidarität der
911 Arbeiter*innen zur geschwisterlichen Vermehrung des Wohlstands dient.

912 Deshalb fordern wir:

- 913 • Eine kritische Aufarbeitung der Begriffe „Entwicklung“ und „Hilfe“
- 914 • Eine Vermehrung des Wohlstands der Arbeiter*innen aller Staaten durch das
915 Prinzip der Solidarität

916 Solidarisch und feministisch durch die Krisen

917 Die immer noch akute Corona-Pandemie führt nicht nur zu imminenter Übersterblichkeit
918 und Leid, sondern verschärft auch strukturell Armut und Wirtschaftskrisen. In dieser
919 Situation ist eine weitere Mangelversorgung durch die fehlenden Getreideexporte aus
920 der Ukraine entstanden. Am stärksten sind von dem Ausfall mit Ägypten, Indonesien,
921 Bangladesh, Pakistan und Tunesien Staaten aus der MENA-Region und Südasien betroffen.
922 Hunger- und Gesundheitskrisen bedrohen immer in besonderem Maße FINTA. So sind Frauen
923 im Globalen Süden viel seltener gegen Covid-19 geimpft, während sie gleichzeitig ca.
924 70% des Gesundheits- und Sozialpersonals stellen, das Notfälle bekämpft. Und auch in
925 ihren Familien sind Frauen weiterhin meist zuständig für die gesundheitliche
926 Versorgung von Kindern und älteren Menschen. Hier besteht eine Verbindung dazu, dass
927 FINTA häufiger unter den Folgen der immer stärkeren Erhitzung der Atmosphäre leiden.
928 Während die Klimakrise insgesamt ärmere Menschen im globalen Süden viel härter
929 trifft, obwohl sie diese Krise nicht verursacht haben, liegt es hauptsächlich in der
930 Verantwortung von FINTA, die Katastrophenversorgung sowie die notdürftigen
931 Anpassungsmöglichkeiten gegenüber diesen Gefahren für ihre Familien vorzunehmen. Die
932 Perspektiven der Menschen aus Ländern des Globalen Südens und dort insbesondere von
933 FINTA werden immer noch zu wenig mitgedacht in Anstrengungen der Diplomatie und
934 Entwicklungszusammenarbeit – auch, weil das Bewusstsein und die Praxis einer
935 feministischen, antirassistischen, anti-kolonialistischen und anti-klassistischen
936 Außenpolitik noch immer wenig verbreitet ist. Für uns ist klar: Krisen begegnen wir
937 solidarisch als Teil der Weltgemeinschaft. Doch diese Weltgemeinschaft wird
938 *wirtschaftlich* dominiert durch Staaten und Konzerne des globalen Nordens sowie einer
939 *besitzenden Klasse* vorwiegend weißer Männer und *rechtlich* dominiert durch ein

940 Völkerrecht, das von Männern für Männer geschaffen wurde. Auf dem Weg zum Sozialismus
941 brauchen wir daher eine feministische, anti-kolonialistische, antirassistische,
942 antisemitismuskritische und anti-klassistische Außenpolitik, die einerseits im
943 Bereich der Diplomatie, insbesondere auch in der überlebenswichtigen Klimadiplomatie
944 eine intersektionale Repräsentation gewährleistet. Zum anderen brauchen wir eine
945 Politik der globalen Solidarität, für deren Verwirklichung unter den real
946 existierenden Verhältnissen der Haushalt für Entwicklungszusammenarbeit mit massiv
947 größeren finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, begleitet von einem
948 kritischen Infragestellen unserer eigenen entwicklungspolitischen Institutionen und
949 Prinzipien in Deutschland und der EU. Zum anderen muss speziell die EU mit ihrer
950 Überversorgung bei Getreide und als einer der größten Exporteur*innen dieses
951 Rohstoffs der Welt maßgeblich zu einer ausreichenden Versorgung der Staaten im
952 globalen Süden beitragen. Denn wir werden wir niemals akzeptieren, dass die
953 Grundversorgung mit Nahrungsmitteln im Globalen Süden strukturell so stark von den
954 politischen Verhältnissen im Globalen Norden abhängt. In allen Bereichen unserer
955 internationalistischen Politik wirken wir darauf hin, diese fundamental untragbaren
956 Verhältnisse zu überwinden.

957 Deshalb fordern wir:

- 958 • Eine feministische, anti-rassistische, antisemitismuskritische, anti-
959 kolonialistische und anti-klassistische Außenpolitik
- 960 • Eine Diplomatie und ein Völkerrecht, in denen diese Prinzipien inhärenter
961 Bestandteil sind
- 962 • Die Erhöhung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit bei gleichzeitigem
963 Infragestellen der dahinterstehenden Institutionen und Prinzipien
- 964 • Umfassende gegenseitige Hilfe zur Nahrungsmittelversorgung in der akuten Krise
- 965 • Die strukturelle Veränderung derjenigen Verhältnisse, die zu
966 Nahrungsmittelunsicherheit im Globalen Süden führen

967 Multipolarität fördern – die Unterdrückten nie vergessen

968 Der Angriffskrieg sorgt zugleich für einen verschärften Konflikt um Einflussnahme im
969 globalen Süden. Allen voran Russland und China nutzen die Tatsache aus, dass viele
970 Führungseliten in Staaten des globalen Südens sich im Ukrainekrieg nicht auf eine
971 Seite stellen wollen. Sie haben es deshalb leicht, die Verantwortung für die
972 wirtschaftlichen Folgen des Krieges den westlichen Staaten anzurechnen und sich im
973 Globalen Süden als „Retter*innen in der Not“ durch Kredite und Infrastruktur
974 Abhängigkeiten zu erkaufen. Die EU begegnet dieser Gefahr durch Gegenmaßnahmen. Diese
975 Maßnahmen sind allerdings häufig bewusst auf die ökonomisch und militärisch relativ
976 stärkeren Staaten gerichtet, da diese die stabileren und politisch wichtigeren
977 Verbündeten sind. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass diejenigen Menschen aus dem
978 Blickfeld geraten, die in Staaten von geringerem sicherheitspolitischem Interesse
979 unterdrückt werden. Deshalb dürfen wir im Zuge unserer Außenpolitik nie die
980 Interessen der Unterdrückten aus dem Blick verlieren, auch wenn sicherheitspolitische
981 Interessen eine immer stärkere Rolle spielen. Selbstverständlich darf auch der
982 gegenwärtige Konflikt nicht dazu führen, dass wir in Denkmuster verfallen, denen
983 zufolge es 'Einflusszonen' gibt, die es zu erhalten oder auszubauen gibt

984 Deshalb fordern wir:

- 985 • Die Bedürfnisse unterdrückter Menschen auch in einer Zeit erhöhter
986 sicherheitspolitischer Interessen nie aus dem Blick zu verlieren

987 Verschuldung und Spekulation beenden

988 Die Verschuldung der Staaten des globalen Südens erhöht sich immer weiter. Das stellt
989 vor allem deswegen ein Problem dar, weil die Währungen vieler dieser Staaten
990 offiziell oder inoffiziell abhängig vom Dollar sind und sie den Großteil ihrer
991 Schulden bei Fonds und privaten Investor*innen haben. Während Sri Lanka bereits seine
992 Insolvenz erklären musste und die Regierung gestürzt wurde, stehen auch
993 bevölkerungsreiche Staaten wie Bangladesh, Ghana, Nigeria und Argentinien kurz vor
994 der Pleite. Gleichzeitig stehen viele EU-Staaten als ehemals zentrale Akteur*innen
995 des Kolonialismus tief in der Schuld des Globalen Südens, ohne in angemessener Form
996 Entschädigungs- oder Reparationszahlungen geleistet oder auch nur die Verbrechen
997 politisch ausreichend anerkannt zu haben. Solche Schuldanerkenntnisse und Zahlungen
998 sind zentrale Voraussetzungen nicht nur für eine Aufarbeitung der
999 Kolonialvergangenheit in der Außenpolitik im Allgemeinen, sondern auch für den Abbau
1000 der Verschuldung des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden. Post-
1001 Kolonialistische Politik reicht bis in die heutige Zeit, wie vor allem das Beispiel
1002 der sog. Structural Adjustment Programs (SAPs) zeigt. Die SAPs waren seit den 1980er-
1003 Jahren von IWF und Weltbank als kurzfristige Programme zur Stabilisierung hoch
1004 verschuldeter Staaten gedacht, für deren Erhalt die Staaten im Gegenzug einen
1005 umfassenden neoliberalen Umbau durch Liberalisierung, Privatisierung und
1006 Flexibilisierung von Arbeitsmarkt, Sozialstaat und öffentlichen Institutionen
1007 akzeptieren mussten. Aufgrund der verheerenden Wirkung auf die Gesellschaften wurden
1008 die Programme ab den späten 1990er-Jahren in ihrer Härte abgemildert, aber noch in
1009 der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 blieben die Prinzipien der SAPs im Grunde
1010 erhalten. Diese Form von neoliberalen Angriffen auf Wirtschaft und Gesellschaft
1011 insbesondere des globalen Südens unter dem Deckmantel von Marktorientierung und
1012 Effizienz lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir, dass sich Bundesregierung und
1013 andere EU-Staaten im Rahmen des „Pariser Clubs“ der Gläubiger*innenstaaten für
1014 umfassende Schuldenerlasse und ein multilaterales Verhandlungsteam auf Seiten der
1015 Schuldner*innenstaaten einsetzen. Außerdem wollen wir schärfere Regeln für den
1016 Finanzmarkt aufstellen, um währungsgetriebene und kurzfristige Spekulationen privater
1017 Fonds und Investor*innen in den Ländern des Globalen Südens zu unterbinden und zu
1018 verhindern, dass diese Staaten durch kurzfristigen Kapitalabzug in die Insolvenz
1019 getrieben werden. Zur nachhaltigen Bekämpfung von Krisen fordern wir Unterstützung
1020 für den Aufbau von regionalen Währungsfonds und Entwicklungsbanken, die die
1021 Abhängigkeit von Gläubiger*innenstaaten des globalen Nordens reduzieren.

1022 Deshalb fordern wir:

- 1023 • Umfassende Schuldenerlasse durch die Gläubiger*innen des Globalen Nordens unter
1024 Berücksichtigung der jeweiligen Situation in Bezug auf Menschenrechte und
1025 Demokratie
- 1026 • Die Unterstützung und den Aufbau von regionalen Währungsfonds und
1027 Entwicklungsbanken
- 1028 • Das Verbot währungsgetriebener und kurzfristiger Spekulation an den
1029 Finanzmärkten

1030

1031 Eine Währungspolitik für die Vielen

1032 Die Situation wird durch die Versuche der industrialisierten Länder des globalen
1033 Nordens verschärft, die dortige Inflation zu bekämpfen. Getrieben von Forderungen aus
1034 konservativen und neoliberalen Kreisen hat nach den Notenbanken der USA und
1035 Großbritanniens nun auch die europäische Zentralbank erstmals nach einem Jahrzehnt
1036 wieder den Leitzins erhöht. In der Folge wird die Geldanlage in den USA und der EU
1037 für Spekulant*innen wieder attraktiver. Diese ziehen ihr Kapital aus dem Süden ab und
1038 bringen es zurück in den globalen Norden. Während bereits zu bezweifeln ist, dass
1039 diese Geldpolitik das Problem der mangelnden Rohstoffe und Arbeitskraft im Norden
1040 lösen kann, sorgt sie im Globalen Süden für Not, für die Erosion politischer Systeme
1041 und in der Folge zu einer weiteren Gefahr für die globale Sicherheit. Deshalb wollen
1042 wir politisch darauf hinwirken, dass die EZB die Erhöhungsschritte des Leitzinses
1043 rückgängig macht und keinesfalls den Leitzins weiter anhebt.

1044 Zur Abfederung globaler Währungsungleichgewichte halten wir außerdem an unserer
1045 Forderung einer globalen Austausch- und Reservewährung fest. Eine solche globale
1046 Währung für die Abwicklung von Ungleichgewichten zwischen lokalen Währungen wurde
1047 bereits 1946 auf der Konferenz von Bretton Woods unter der Bezeichnung „Bancor“ von
1048 John M. Keynes vorgeschlagen. Damals wurde sie vor allem aus Machtinteressen großer
1049 Währungsräume des Globalen Nordens abgelehnt, insbesondere von den USA. Um die Macht
1050 großer Währungssysteme gegenüber der demokratischen und ökonomischen Unabhängigkeit
1051 kleinerer Währungen zu brechen, fordern wir heute die Realisierung einer solchen
1052 Weltwährung. Weil uns bewusst wird, wie eng (post-)kolonialistische Realitäten und
1053 Währungsspekulationen heute in unseliger Weise verflochten sind, dürfen die
1054 Institutionen und Strukturen einer solchen Weltwährung nicht zur Aufrechterhaltung
1055 oder Verstärkung von bestehender Ungerechtigkeit beitragen. Der richtige Rahmen kann
1056 daher nur durch eine Verankerung bei der Weltbank geschaffen werden, die wiederum
1057 stärker demokratisch durch die UN kontrolliert werden muss.

1058 Deshalb fordern wir:

- 1059 • Politisch darauf hinzuwirken, dass die EZB die Erhöhungsschritte des Leitzinses
1060 rückgängig macht und keinesfalls den Leitzins weiter anhebt
- 1061 • Den Aufbau einer globalen Reservewährung, um Währungsungleichgewichte
1062 institutionalisiert auszugleichen

1063 Antimilitarismus in Zeiten des Krieges

1064 Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine scheint uns als
1065 internationalistische Linke auf den ersten Blick vor einen Zielkonflikt zu stellen.
1066 Als Antifaschist*innen und Kämpfer*innen für globale Gerechtigkeit stehen wir
1067 kompromisslos gegen den Angriffskrieg ein und sind in der Pflicht, die Ukraine
1068 solidarisch in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Als Jusos verstehen wir uns aber
1069 auch in der Tradition des Antimilitarismus. Der drohenden Gefahr von aufkeimender
1070 Kriegsbegeisterung zum Vorteil kapitalistischer und diktatorischer Interessen sind
1071 wir uns aufgrund unserer Wurzeln in der Arbeiter*innenjugendbewegung in besonderer
1072 Weise bewusst. Unser Ziel bleibt stets eine Welt der sozialistischen
1073 Geschwisterlichkeit zwischen den Arbeiter*innen, ohne Waffen und ohne Krieg. Doch
1074 genau für dieses Ziel müssen wir uns heute konsequent gegen Gewalt, Imperialismus und

1075 Faschismus stellen. Das russische Regime unter Führung ihres autokratischen
1076 Machthabers darf nicht erfolgreich damit sein, eine europäische Demokratie zu
1077 unterjochen. Eine stärkere Verbreitung von Waffen und anderen Rüstungsgütern wird
1078 dennoch immer unseren Widerstand erfahren. Auch weiterhin setzen wir uns für globale
1079 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen im
1080 Rahmen multilateraler Vereinbarungen ein. Nach dem Scheitern des INF-Vertrags und der
1081 aktuellen rhetorischen Eskalation im Rahmen des Angriffskriegs auf die Ukraine
1082 bekennen wir uns umso stärker zum Atomwaffensperrvertrag. Schon lange fordern wir die
1083 vollständige Abschaffung aller Atomwaffen. Deswegen begrüßen wir die Initiative zu
1084 einem Atomwaffenverbotsvertrag, der ein vollständiges Verbot von Entwicklung,
1085 Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von
1086 Atomwaffen vorschreibt. Der Vertrag wurde bereits von über 90 Staaten ratifiziert und
1087 unterliegt einem Verhandlungsmandat der UN.

1088 Deshalb fordern wir:

- 1089 • Das langfristige Ziel: eine Welt ohne Krieg und ohne Waffen
- 1090 • Gelebte Solidarität mit der Ukraine in ihrem Kampf gegen Gewalt und Faschismus
- 1091 • Globale Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von
1092 Massenvernichtungswaffen im Rahmen multilateraler Vereinbarungen
- 1093 • Weiterhin ein klares Bekenntnis zum Atomwaffensperrvertrag und das Begrüßen
1094 sowie die aktive Beobachtung des Atomwaffenverbotsvertrags